

Würzburg, 15.11.2021

Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2022

Unterstützung der Beratungsstellen für psychisch belastete bzw. psychisch erkrankte geflüchtete Menschen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Zahl der Geflüchteten, die nach ihrer Ankunft in Deutschland unter PTBS und/oder Depression und Angsterkrankungen leiden, ist hoch, und wird nach fachlicher Meinung in den kommenden drei bis fünf Jahren nochmals erheblich steigen. Die Behandlung dieser Menschen gestaltet sich schwierig – zum einen wegen chronischer Überbelegung psychiatrischer Einrichtungen und Fachkräftemangels, zum anderen wegen oft unklarer Kostenübernahmen, Verständigungsschwierigkeiten und fehlenden, insbesondere fachlich geschulten Dolmetscher*innen.

Eine wichtige Rolle im Vorfeld notwendiger Behandlungen spielen Beratungsstellen.

Viele dieser Stellen werden von ehrenamtlich Engagierten betrieben. Die Komplexität der Themen rund um psychische Notlagen, die durch Krieg und Verfolgung, oft auch psychisch und physisch erlittene Gewalt, Flucht, und die Schwierigkeiten des Ankommens im Aufnahmeland verursacht sind, stellen für diese Ehrenamtlichen riesige Herausforderungen dar. Gleichzeitig wächst der Bedarf an Beratung und Behandlung kontinuierlich an. Viele der Beratungsprojekte sind derzeit in ihrem Bestehen gefährdet.

Um die Beratung psychisch belasteter oder gar erkrankter Geflüchteter dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es konkreter finanzieller Unterstützung der existierenden Beratungsstellen durch den Freistaat Bayern, den Bezirk Unterfranken sowie die betroffenen Städte und Landkreise.

Deshalb stellen wir den **Antrag:**

Die Stadt Würzburg sollte sich mit mindestens 30.000 Euro an dieser Unterstützung beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Antonino Pecoraro
Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

gez. Nadine Lexa
CSU-Fraktion

gez. Alexander Kolbow
SPD-Fraktion

gez. Josef Hofmann
FWG-Fraktion

gez. Barbara Meyer
Die Linke-Fraktion

gez. Wolfgang Baumann
ZfW